

# zfsö

## ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Gerhard Rösl **3** Regionalgeldausgabe in Deutschland – Eine kritische Betrachtung
- Niko Paech **10** Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie
- Harald Spehl **20** Welchen Beitrag zur Regionalentwicklung können Regionalgelder leisten?
- Johann Walter **26** Staatliche Komplementärwährungen: „dritter Weg“ zwischen Geldreform und dezentralen Regionalwährungen?
- Clarita Müller-Plantenberg **38** Solidarische Ökonomie in Brasilien
- Rike Sohn **46** Die solidarische Sozioökonomie der Banco Palmas in Fortaleza/Brasilien
- Norbert Rost **50** Der Homo Oeconomicus – Eine Fiktion der Standardökonomie
- 59** Bücher – Bericht – Personalien – Hinweise
- 75** 43. Mündener Gespräche

# Staatliche Komplementärwährungen: „dritter Weg“ zwischen Geldreform und dezentralen Regionalwährungen?

Johann Walter

## 1 Einleitung

Die Diskussion über eine Geldreform wird seit Jahrzehnten geführt, auch in dieser Zeitschrift. Dabei wurden verschiedene Reformansätze entwickelt, deren gemeinsame Basis die kritische Beurteilung des gegenwärtigen Geldsystems ist, deren gemeinsames Merkmal aber bisher ihre Nichtrealisierung. Realität sind demgegenüber dezentral entwickelte Komplementärwährungen, die allerdings – bei unterschiedlicher Ausgestaltung – über eine lokal begrenzte Verbreitung nicht hinausgekommen sind. In der Diskussion werden „große“ Geldreformen und Regionalwährungen bisher eher getrennt betrachtet. Ideen, wie „Top-Down“ und Bottom-up-Ansätze“ zu verbinden wären, sind noch zu entwickeln<sup>[1]</sup>.

Vor diesem Hintergrund wird zunächst die Qualität von unterschiedlich konstruiertem Geld als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel analysiert, zuerst in „einfachen“, danach in dualen Währungssystemen mit einer primären und einer komplementären Währung. Dann wird untersucht, inwieweit das Geldsystem mit Hilfe von Komplementärwährungen verbessert werden kann, die in staatlicher Regie eingeführt werden. Die These ist, dass der Staat durch ein gutes Design günstige Bedingungen dafür schaffen kann, dass zusätzliche Zahlungsmittel breit akzeptiert werden. Schließlich werden mögliche Risiken von staatlichen Komplementärwährungen diskutiert.

## 2 Formen und Eigenschaften des Geldes

Geld kann auf verschiedene Weise herausgegeben und eingelöst werden, daraufhin als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel unterschiedlich

akzeptiert sein. In heutigen Geldsystemen wird Geld im Regelfall durch Finanzinstitutionen als Kreditgeld, d.h. im Wege von Kreditgeschäften gegen „Leihgebühr“ (Zins) herausgegeben. Es entsteht dabei „aus dem Nichts“ und verschwindet im Prinzip bei Kredittilgung. Die Geldschöpfung erfolgt durch Kreditgeber und -nehmer „endogen“ bzw. von wirtschaftlichen Erwartungen abhängig. Geld kann aber auch anders ausgegeben werden, z.B.:

- ohne Leihgebühr bzw. ohne Zins,
- an bestimmte Güter gebunden, also exogen begrenzt bzw. real gedeckt,
- nur in bestimmten Regionen,
- durch den Staat (Staatsgeld), durch Akteure, die sich auf ein Tauschmittel geeinigt haben (Gruppengeld), oder durch Betriebe, die handelbare Forderungen gegen sich herausgeben (Firmengeld),<sup>[2]</sup>
- an andere Akteure als an Kreditnehmer, dabei unbeschränkt an beliebige andere Akteure oder an definierte Empfänger.

Die Einlösung des Geldes kann – wie bei Kreditgeld – unbeschränkt oder aber beschränkt möglich sein, wenn z.B. die Einlösung oder der Umtausch in andere Währungen nur in bestimmten Regionen, zu bestimmten Zeiten, gegen bestimmte Güter oder nur für bestimmte Personen unbegrenzt möglich ist. Zweckbindungen bzw. Einlösungsbeschränkungen können mengenmäßig sein, z.B. Einlösequoten, oder in Form von Gebühren auftreten, bei zeitlicher Beschränkung etwa als Wertaufbewahrungsgebühr, bei regionaler, sachlicher bzw. persönlicher Beschränkung als Einlöse- oder Umtauschgebühr.

Die Eignung des Geldes als Tauschmittel hängt von seiner Verwendbarkeit ab. Regional, zeitlich, sachlich oder persönlich beschränkt verwendbare

Zahlungsmittel sind von geringerer Tauschmittelqualität als umfassend verwendbare Zahlungsmittel. Die Tauschmittelqualität ist zudem umso höher, je geringer die Transaktionskosten des Geldes sind, d.h. die Kosten, zu denen das Geld beschafft bzw. als Tauschmittel benutzt werden kann.

In ähnlicher Weise ist die Wertaufbewahrungsqualität des Geldes umso höher, je weniger beschränkt und je kostengünstiger es zur Wertaufbewahrung nutzbar ist. Kreditgeld kann, während die mit dem Geld verbundene Forderung in den Händen des „Wertaufbewahrers“ verbleibt, als Tauschmittel weitergegeben werden. Wird Geld allerdings gehortet, dann ist es nicht zugleich als Tauschmittel nutzbar. Dann muss die Geldordnung für ein angemessenes Gleichgewicht im Bereich der Geldnutzungen sorgen. Oder es entsteht ein Bedarf an zusätzlichem Geld, das zur Umlaufwährung wird, soweit die erste Währung wegen Hortung nicht hinreichend verfügbar ist.<sup>[3]</sup>

Qualität und Akzeptanz des Geldes hängen somit von dessen Tauschmittel- und Wertaufbewahrungsqualität ab bzw. von den Transaktionskosten und der Verwendbarkeit des Geldes.

### 3 Qualität des Geldes in Systemen mit nur einer Währung

#### 3.1 Kreditgeld

Kreditgeld ist weit verbreitet bzw. akzeptiert. Dies ist Folge einer in wichtigen Bereichen hohen Geldqualität. Kreditgeld entsteht, wenn und soweit es gebraucht wird. Wegen des im Zins bestehenden Preises der Geldnutzung wird es sparsam geschaffen und zugleich effizient verwendet. Der Zins lenkt es in gute Verwendungen und macht es zugleich als Wertaufbewahrungsmittel attraktiv. Über den Zins hinausgehende Transaktionskosten der Geldnutzung fallen kaum an. Daher ist Kreditgeld auch als Tauschmittel akzeptiert. Diesen Vorteilen stehen aber – in Bezug auf die Geldqualität – Nachteile gegenüber.

Da Kreditgeld durch freie Vereinbarung zwischen Kreditgeber und -nehmer entsteht, ist die Entwicklung der Geldmenge unsicher und eventuell instabil. Bei inflationärer Ausdehnung der

Geldmenge sinkt die Wertaufbewahrungsqualität. Die Tauschmittelqualität scheint zunächst zwar wenig gefährdet. Geldhalter können der Geldentwertung ja dadurch entgehen, dass sie das Geld als Tauschmittel weitergeben. „Galoppierende“ Inflation erschwert allerdings alle Kalkulationen, mindert somit auch die Tauschmittelqualität. Meist verpflichten daher staatliche Kreditgeldordnungen (autonome) Zentralbanken bezüglich der Steuerung der Kreditgeldmenge auf das Ziel der Inflationsvermeidung.

Ausgabe und Einlösung von Kreditgeld sind ferner im Kern zwar unbeschränkt möglich. Kosten der Geldnutzung fallen allerdings in Gestalt des Zinses an, welcher bei der Schöpfung des Geldes, d.h. mit jedem Kredit entsteht. Die Kreditgeldwirtschaft ist daraufhin durch Polarisierungs- bzw. Verteilungsprobleme und durch sinkende Tauschmittelqualität des Geldes bzw. durch Ungleichgewichte zwischen der Wertaufbewahrungs- und der Tauschmittelfunktion gekennzeichnet. Dies ist – weil bereits häufig dargestellt<sup>[4]</sup> – hier nur kurz zu rekapitulieren.

Verteilung: Jede Ausgabe von Kreditgeld begründet ein Schuldverhältnis und eine Zinsforderung bzw. -verpflichtung. Zinsen fließen als Einkommen zum Kreditgeber. Bei verzinslicher Anlage von Überschüssen nehmen dessen Vermögen und Zinseinkommen zu. „Monetäre Reproduktion“ ist derzeit bei einem Zinssatz von 5% ab einem Geldvermögen von rund 1,2 Millionen € möglich<sup>[5]</sup>. Größere Vermögen und die zugehörigen Zinseinkommen wachsen letztlich exponentiell. Die Verteilung wird dabei ungleicher. Dem Vermögen stehen zudem Schulden, den Zinseinkommen der Vermögenden Zinszahlungen der Schuldner gegenüber. Bleibt in einer Zinswirtschaft das reale Wachstum hinter dem Wachstum von Vermögen bzw. Zinseinkommen zurück, so müssen die Schuldner zunehmende Teile ihrer Einnahmen zur Bedienung der Schulden aufwenden. Irgendwann sinken der Anteil und später sogar der Absolutbetrag des übrigen Einkommens. Dies ist verteilungspolitisch unerwünscht bzw. nicht nachhaltig<sup>[6]</sup>. Bei hinreichendem Realwachstum können Unternehmen die geforderten Zinsen zwar aus „realer Verzinsung“, d.h. aus steigenden Erträgen zahlen<sup>[7]</sup>. Realwachstum erfor-

dert aber kreditfinanzierte Nettoinvestitionen. Schulden und Zinsen wachsen dabei entsprechend mit, denn Kreditgeld entsteht ja nur zum Preis zusätzlicher Schulden und Zinsen. Kreditgeld ist „Wachstumsgeld“: geschöpfte Geldbeträge sind vom Kreditnehmer jeweils vermehrt um die Zinsen zurückzuzahlen, was weitere Geldschöpfung und damit Wachstum erfordert. Dieser Wachstumszwang<sup>[8]</sup> drängt zwar die Unternehmen zu Leistungssteigerung und Fortschritt, was zu steigendem Wohlstand führt. Er ist aber aus ökologischer und verteilungspolitischer Sicht problematisch.

Tauschmittelqualität: Zinsen mindern die Tauschmittelqualität des Kreditgeldes, wenn bzw. weil Kreditgeld verzinslich angelegt wird und dann nur noch begrenzt als Tauschmittel verfügbar ist. Dabei werden Investitionen mit Renditen oberhalb des Kapitalmarktzinses bevorzugt. Zins-einkommen fließen daher zum Teil – dem Renditegefälle folgend – über die Grenzen (z.B. auf internationale Finanzmärkte). Der Zins bremst zwar Fehlinvestitionen, aber auch sinnvolle Investitionen mit geringer Rendite (z.B. in die Infrastruktur), sowie Geldverwendungen bzw. Ausgaben ohne quantifizierbare Rendite. Der Zins „saugt“ das Geld als Tauschmittel ab und lenkt es in renditeträchtige Wirtschaftsbereiche. Umgekehrt ist Geld als Tauschmittel nur gegen Zinsen zu haben. Der Zins wirkt somit als Tauschmittelgebühr und senkt den Umfang realisierter Transaktionen. Trotz insgesamt hinreichender Kreditgeldmenge kann „vor Ort“ der Geldumlauf zurückgehen. Unter Umständen ist dann zu wenig Tauschmittel im Umlauf, um in sozialen Bereichen (z.B. Pflege, Bildung) alle gewünschten Transaktionen monetär zu ermöglichen. Rentierliche Produktionsarbeit wird realisiert, „soziale Arbeit“<sup>[9]</sup> bleibt zum Teil liegen<sup>[10]</sup>. Die im Euro-Raum und in anderen Währungsgebieten z.T. seit längerem rückläufige Umlaufgeschwindigkeit spiegelt in diesem Sinne eine verschlechterte Tauschmittelqualität des Geldes<sup>[11]</sup>.

Die Tauschmittelqualität sinkt somit nicht nur – wie Keynes erkannte – durch Geldhortung, die dem Kreislauf direkt Tauschmittel entzieht, sondern auch dann, wenn durch verzinsliche Geldanlage die Verfügbarkeit des Kreditgeldes

zunehmend auf renditeträchtige Wirtschaftsbereiche konzentriert wird.

Würde – um Zinsprobleme zu vermeiden – Kreditgeld von Zentralbanken ohne primäre Leihgebühr ausgegeben, entstünde bei der sekundären Geldschöpfung wohl dennoch ein Zins. Der Zins spiegelt nämlich auch die Liquiditätspräferenz: Geld wird als Wertaufbewahrungsmittel bevorzugt, weil es liquide, d.h. nahezu unbeschränkt verwendbar ist und bei Lagerung nicht physisch an Wert verliert, insofern ohne Kosten zurückgehalten werden kann, bis ein günstiger Tauschzeitpunkt erreicht ist (Jokervorteil des Geldes). Geldhalter fordern daraufhin als Liquiditätsverzichtsprämie den Gesellschen „Urzins“ dafür, dass bzw. wenn sie gehortetes Tauschmittel leihweise in Umlauf geben. Die beschriebenen Nachteile der Zinswirtschaft würden somit bei Verzicht auf primäre Leihgebühren nicht beseitigt. Ein solcher Verzicht ist zudem im Kreditgeldsystem nicht zu empfehlen. Mit Blick auf die Stabilisierung des Preisniveaus besteht nämlich Bedarf an einer Steuerung der Kreditgeldmenge. Diese Steuerung erfolgt am besten durch eine autonome Zentralbank – und ein gutes Steuerungsinstrument ist hierbei die Erhebung primärer Leihgebühren (Leitzinsen).

### 3.2 Umlaufgesichertes Geld

Gemäß der Idee von Silvio Gesell könnten Zinsprobleme bzw. Ungleichgewichte zwischen Tauschmittel- und Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes reduziert werden, wenn das (Kredit-) Geld mit einer Wertaufbewahrungsgebühr belegt wird<sup>[12]</sup>. Das Geld würde z.B. periodisch um einen bestimmten Satz entwertet und so als Wertaufbewahrungsmittel unattraktiver. Der Wert des „Schwundgeldes“ bleibt nur erhalten, wenn die „Parkgebühr für Geld“ gezahlt wird. Diese Umlaufsicherungsgebühr könnte Geldhalter veranlassen, Geld mit niedrigerer Zinsforderung als Tauschmittel in Umlauf zu geben, um dem Schwund bzw. der Gebühr zu entgehen. Der Zins würde nicht abgeschafft. Er fiel weiterhin an, z.B. als Risikoprämie. Er wäre aber praktisch um die Gebühr gemindert. Die Steuerungsfunktion des Zinses bliebe bestehen. Die Zentralbank könnte

weiterhin Leitzinsen erheben. Der geminderte Zins wäre nicht „zu niedrig“, d.h. nicht Auslöser von Kapitalfehlenlenkung. Zinsbedingte Verteilungsprobleme wären allerdings geringer. Der erhöhte Geldumlauf würde zusätzliche Transaktionen in renditeschwachen Bereichen auslösen. Umlaufgesichertes Geld hätte insofern eine höhere Tauschmittelqualität. Der Staat könnte ferner aus den Gebühren Einnahmen erzielen, entsprechend (andere) Steuern senken bzw. Steuererhöhungen vermeiden.

Die Gesamtbeurteilung der Umlaufsicherung ist gleichwohl unklar. Durch die Umlaufsicherungsgebühr steigen die Transaktionskosten des Geldes. Die höhere Tauschmittelqualität wird daraufhin mit einer geringeren Wertaufbewahrungsqualität „erkauft“. Mensching argumentiert<sup>[13]</sup>, dass bei endogenem Kreditgeld eine Umlaufsicherungsgebühr die Kreditvergabe drosseln und so rezessiv wirken kann. Die Umlaufsicherung sei nur in einem exogenen Geldsystem zu empfehlen, wenn das Geld von einer neutralen Instanz und unabhängig von Renditeüberlegungen bzw. exogen herausgegeben wird. Im Kreditgeldsystem erfordere die Umlaufsicherung somit eine doppelte Geldreform. Der Umlaufsicherungsgebühr wird ferner entgegengehalten, sie treibe das Geld, wenn nur auf Bargeld erhoben, in Sicht-, Termin- oder Spareinlagen<sup>[14]</sup>, sowie generell in andere Güter, z.B. in Immobilien, wo es inflationär wirke, oder aber ins Ausland<sup>[15]</sup>.

Die etablierte Nationalökonomie hat die Auseinandersetzung mit Gesell bisher nicht intensiv gesucht bzw. eher abwehrend geführt<sup>[16]</sup>. Wer den Zins als Preis für Kapital, als Ausdruck von Gegenwartsvorliebe bzw. als Entschädigung für Konsumverzicht deutet und positiv würdigt, lehnt zinskritische Auffassungen ab<sup>[17]</sup>. Zinsinduzierte Verteilungseffekte haben zudem die Wahrnehmungsschwelle oft noch nicht überschritten. Auch sind andere Wege der Verteilungskorrektur denkbar, z.B. über Vermögen- bzw. Erbschaftsteuern.

Eine weit reichende Reform der derzeitigen Geldordnung im Sinne Gesells scheint jedenfalls insgesamt nicht ohne Risiko. Deren Beibehaltung bedeutet aber, die geschilderten problematischen Zinseffekte und die suboptimale Tausch-

mittelqualität des Geldes hinzunehmen. Daher wird – als „Teillösung“ – die Einführung von (regionalen) Komplementärwährungen diskutiert<sup>[18]</sup>.

#### 4 Komplementärwährungen in dualen Währungssystemen

Eine „große“ Geldreform bzw. die Ablösung des Kreditgeldes durch besseres Geld mag riskant sein. Wird aber sekundäres Geld als Tauschmittel zusätzlich zum Kreditgeld, d.h. komplementär eingeführt, so könnten – ohne die Wertaufbewahrungsqualität des Kreditgeldes zu mindern – zusätzliche Transaktionen ermöglicht und somit die Tauschmittelqualität des Geldes insgesamt gesteigert werden; besonders, wenn die Umlaufgeschwindigkeit der Komplementärwährung höher ist als die des herkömmlichen Kreditgeldes<sup>[19]</sup>. Die primäre Währung (das Kreditgeld) könnte weiterhin im „Renditeeteil“ der Wirtschaft als „Investitionsgeld“ und zur Wertaufbewahrung umlaufen, die Komplementärwährung dagegen im renditeschwachen sekundären Teil der Wirtschaft als zusätzliches Tauschmittel. Es geht bei der Einführung von Komplementärwährungen also nicht um einen Wettbewerb, in welchem sich die stärkere Währung durchsetzt, sondern um eine Ergänzung.

Um das beim Kreditgeld zugunsten der Wertaufbewahrungsfunktion bestehende Ungleichgewicht zu korrigieren und die angesprochene monetäre „Arbeitsteilung“ zu ermöglichen, sollte die Komplementärwährung als Wertaufbewahrungsmittel weniger attraktiv sein als das Kreditgeld. Dazu kann die Komplementärwährung z.B. zinsfrei, umlaufgesichert und/oder regional, sachlich oder personal begrenzt herausgegeben bzw. in der Verwendbarkeit beschränkt werden. Solche Beschränkungen sollten aber die Akzeptanz der Komplementärwährung als Tauschmittel möglichst wenig schmälern. Hier eine günstige Gestaltung der Komplementärwährung zu finden, scheint von großer Bedeutung für deren Erfolg zu sein. Bisher werden häufig zwei Bereiche für den beschränkten Umlauf von Komplementärwährungen diskutiert:

- periphere Regionen, die mangels Standortattraktivität für renditeorientierte Investoren

nur wenige Anlagechancen bieten. In solchen Regionen wären Komplementärwährungen als regional beschränktes Geld denkbar und dezentral in regionaler Initiative einführbar.

- Leistungen, die arbeitsintensiv, ohne zeitlichen Vorlauf und damit ohne zeitliches Risiko erbracht werden. Komplementärwährungen könnten hier in öffentlicher Initiative eingeführt werden – auch in der Hoffnung, vorhandene Probleme der sozialstaatlichen Aufgabenerfüllung durch gezielt erhöhten Geldumlauf zu mindern.

Diese Varianten seien nun anhand von Beispielen beschrieben und untersucht.

#### 4.1 Regionale Komplementärwährungen

In der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre entstanden dezentral regionale Komplementärwährungen, z.B. 1932 in Wörgl in Österreich. Die Verwendung war durch Umlaufsicherungsgebühren begrenzt, die erhoben wurden, indem auf das komplementär eingeführte Geld monatlich Marken geklebt werden mussten, damit es seine Kaufkraft erhielt<sup>[20]</sup>. Die Landeswährung blieb weiter in Umlauf. In den betreffenden Regionen nahm – bei hoher Umlaufgeschwindigkeit der Komplementärwährung – die Wirtschaftsaktivität zum Teil zu und die Arbeitslosigkeit ab<sup>[21]</sup>. Die Versuche dauerten nicht lange oder wurden nach Intervention des Staates bzw. der Notenbank, welche eventuell ihr Geldausgabemonopol gefährdet sah, beendet. In den USA entstanden zu Beginn der 30er Jahre ebenfalls regionale Währungen, die aber bis 1937 nach und nach eingestellt wurden, nachdem sich die ökonomischen Bedingungen nach der Krise wieder wendeten<sup>[22]</sup>. Erfolge mit Regionalgeld treten offenbar häufig in Krisen ein, wenn mangels guter Anlagemöglichkeiten zu wenig Kreditgeld entsteht bzw. verfügbar gemacht wird<sup>[23]</sup>.

Regionalwährungen erleben heute in Deutschland eine Renaissance. Mehrere Initiativen haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft für Regionalwährungen zusammengetan<sup>[24]</sup>. Die bekannteste Regionalwährung, der „Chiemgauer“, ist als Schwundgeld konstruiert und durch einen Wechselkurs von 1:1 an den Euro gekoppelt<sup>[25]</sup>.

Seine Herausgabe erfolgt gegen Einzahlung von Euro. Er soll die regionale Entwicklung im Chiemgau ankurbeln. Eine Gebühr beim Rücktausch des Chiemgauers in Euro soll bewirken, dass das Geld in der Region verbleibt und Transaktionen, die sonst außerhalb erfolgt wären, in die Region hineingeholt werden. Der Umlauf des Chiemgauers nimmt zu, aber auf niedrigerem Niveau. Seine Attraktivität wird durch die regional beschränkte Verwendbarkeit und durch hohe administrative Kosten begrenzt, die bei den Initiatoren anfallen und für die Nutzer in Gebühren, d.h. in Transaktions- bzw. Geldhaltungskosten spürbar werden. Solche Faktoren mögen der Grund dafür sein, dass andere Regionalgeldprojekte stagnieren oder scheitern (z.B. der Gießener „Justus“).

Auf Bali existieren demgegenüber seit Jahrhunderten duale Systeme aus offizieller Währung und komplementären Lokalwährungen, die in „banjars“ (soziale Einheiten von etwa 50 bis 500 Familien) umlaufen<sup>[26]</sup>. Die banjars schaffen die Lokalwährungen selbst und müssen sie nicht gegen Leihgebühr erwerben. Sie entscheiden über lokale Projekte wie Festivals oder Schulen, die zum Teil durch lokale Währung finanziert werden. Die Kombinierbarkeit der Währungen scheint günstig. Da es jeweils lohnt, mehr von der reichlich vorhandenen Währung einzusetzen, kommen insgesamt mehr Projekte zustande, die zur kulturellen Vielfalt auf Bali beitragen. Zugleich zeigt sich, dass duale Währungssysteme längerfristig stabil sein können.

Die Tauschmittelqualität und Akzeptanz von Regionalwährungen hängt unter anderem von den mit ihrer Nutzung verbundenen Transaktionskosten ab. Die sind auf Bali gering, daher sind die dortigen lokalen Währungen akzeptiert. In der Krise, wenn es an Kreditgeld fehlt, können aber auch „teuere“ regionale Schwundgelder attraktiv sein. In Deutschland ist jedoch insgesamt die Verbreitung bzw. Akzeptanz regionaler Komplementärwährungen noch gering, ihre Wirkung in Bezug auf die Verbesserung des Geldsystems somit noch weitgehend zu vernachlässigen<sup>[27]</sup>. Allerdings ist eine regionale Begrenzung bzw. dezentrale Ausgabe nicht die einzig denkbare Gestaltungsform, um mit Komplemen-

tärwährungen Defizite in der Geldversorgung zu überwinden.

## 4.2 Sachbezogene staatliche Komplementärwährungen

Sachbezogene Komplementärwährungen können auf privater Basis entstehen (z.B. von Airlines ausgegebene und handelbar gewordene Bonusmeilen), aber auch in öffentlicher Initiative, um die Geldverfügbarkeit gezielt in Bereichen zu verbessern, in denen Kreditgeld an Grenzen stößt. Dazu gibt es verschiedene Ideen, die zum Teil in dieser Zeitschrift bereits vorgestellt wurden. Diese Systeme ähneln Tauschketten, an deren Anfang und Ende der Staat steht.

In Brasilien wurde nach Privatisierung der Mobilfunkindustrie eine Abgabe auf Telefonrechnungen eingeführt und das Aufkommen für Bildungszwecke reserviert. Eine Idee ist nun, die auflaufenden Beträge (ca. 1 Mrd. US-\$ im Jahr 2004) nicht als Stipendien zu vergeben, sondern eine komplementäre Bildungswährung zu schaffen, um die Zahl derer, die sich ein Studium leisten können, zu vergrößern<sup>[28]</sup>. Mit entsprechenden Gutscheinen lassen sich, so die Idee, die Studiengebühren in einem bestimmten Studienjahr begleichen. Bei späterer Einlösung sind die Gutscheine weniger wert – ein Anreiz, die Gutscheine im vorgesehenen Jahr einzulösen. Die Verwendung der Bildungswährung ist somit zeitlich und sachlich begrenzt. Der Idee nach soll auch ihre Ausgabe spezifisch erfolgen, und zwar nach Maßgabe der freien Kapazitäten der Universitäten in Regionen, in denen vielen Familien das Geld fehlt, den Kindern den Besuch höherer Schulen zu ermöglichen. Grundschulen sollen die Gutscheine unter den jüngsten Schülern verteilen. Diese können bzw. sollen damit ältere Schüler bezahlen, die ihnen etwas beibringen. Diese können sich dann Nachhilfe bei noch älteren Schülern leisten. Der Preis für die Nachhilfe kann von den Schülern selbst bestimmt werden. Die Weitergabe der Gutscheine setzt sich der Idee zufolge fort bis zu den Studienanfängern, die damit Studiengebühren bezahlen können. Nur Universitäten können die Gutscheine in Landeswährung einlösen und so aus dem Verkehr

ziehen. So wird die Verwendung der Gutscheine im Bildungssektor und eine hohe Studierbeteiligung erreicht. Für Universitäten lohnt das Modell, wenn die geforderten Studiengebühren die Kosten zusätzlicher Studenten übersteigen. Die Bildungsgutscheine könnten freilich auch anders herausgegeben werden. So könnte die Regierung z.B. bei Bauprojekten eine Bezahlung in Landeswährung und/oder in Gutscheinen anbieten. Arbeiter mit Kindern, die studieren möchten, könnten bei attraktivem Kurs die Gutscheine bevorzugen. In Landeswährung würden zugleich die Bauprojekte billiger.

Eine ähnliche Idee betrifft die staatliche Emission handelbarer Steuergutschriften<sup>[29]</sup>. Unternehmen, die für den Staat Leistungen erbringen, würden demnach nicht (nur) in Euro, sondern (auch) in Gutschriften bezahlt, die sie bei der nächsten Steuererklärung geltend machen könnten. Die Gutschriften würden bei der Verrechnung mit der Steuerschuld in Landeswährung eingelöst. Würden die Gutschriften über diese Verwendung hinaus auch im Geschäftsverkehr als Tauschmittel akzeptiert, so würden sie zu einer Währung. Der Staat könnte Infrastrukturprojekte finanzieren, ohne sich sofort zu verschulden, oder bei gleicher Verschuldung zusätzliche Projekte realisieren, und behält die Kontrolle über die umlaufende Komplementärgeldmenge.

Es gibt auch reale Beispiele: In Curitiba (Brasilien) begann Anfang der 70er Jahre die Stadtverwaltung aufgrund von Problemen mit der Müllabfuhr damit, die Vorsortierung von Müll mit Busfahrtscheinen zu belohnen. Ohne dass es angestrebt war, entwickelten sich die ausgegebenen Busfahrtscheine, da sie weitergegeben werden konnten, zu einer Komplementärwährung, die bei Einlösung der Busfahrtscheine wieder vernichtet wird<sup>[30]</sup>.

In Japan entstanden nach dem Erdbeben von 1995 in der Region Kobe mehrere „Pflegetwährungen“<sup>[31]</sup>. Soziale Dienstleistungen, besonders die Pflege alter Menschen, werden durch Zeit- bzw. Stundengutschriften belohnt und elektronisch, dezentral oder bei einer Zentrale erfasst. Pfleger können mit diesen Gutschriften später für andere Leistungen zahlen, sie z.B. später zur

Finanzierung der eigenen Pflege nutzen oder transferieren und etwa Verwandten zukommen lassen. Die Gutschriften können somit auch zur (unverzinsten) Wertaufbewahrung dienen. Die Pflegewährungen können komplementär zum Yen eingesetzt werden, z.B. ein Teil der Pflege in Yen, ein anderer Teil in Pflegewährung bezahlt werden.

Im Idealfall erreicht der Staat, dass die Komplementärwährung nicht nur im Austausch mit dem Staat genutzt, sondern auch als Tauschmittel in „renditefernen“ Bereichen der Wirtschaft umläuft, dort Transaktionen ermöglicht, die zuvor an Geldmangel scheiterten, und so die Probleme des Kreditgeldes reduziert bzw. die Tauschmittelqualität des Geldes steigert. Treten solche Effekte besonders in Konjunkturkrisen auf, so wirkt Komplementärgeld auch gesamtwirtschaftlich stabilisierend. Im Idealfall verbessern sich zudem die sozialen Beziehungen. Tausch beinhaltet nämlich Aktivität und Teilhabe. Die beschriebenen Bildungsgutscheine fördern z.B. neben dem Lernen auch das Lehren, d.h. die soziale Kompetenz und die bildungsbezogene Zusammenarbeit. Die Effekte sind umso stärker, je öfter die Gutscheine weitergegeben werden, je größer also deren Akzeptanz bzw. Umlauf.

Es gibt allerdings keine Garantie für eine breite Akzeptanz komplementärer Währungen. Sekundäres Geld ist, weil nur beschränkt nutzbar, erklärungsbedürftig. Da es zusätzlich umläuft, erhöht es die Komplexität der Kassenhaltung, d. h. die Transaktionskosten. Es existiert eine Akzeptanzschwelle.

Möglicherweise können staatliche Komplementärwährungen diese Schwelle eher überwinden als private dezentrale bzw. regionale Systeme. Zum einen lassen sich staatliche Komplementärwährungen auch landes- bzw. bundesweit einführen. Zum andern kann der Staat deren Verbreitung durch günstige Rahmenbedingungen und gezielte Begleitmaßnahmen besonders gut fördern. Vorstellbar sind natürlich auch Kombinationen aus privaten und öffentlichen Systemen. Nun werden zunächst mögliche Gestaltungen, danach mögliche Risiken von komplementärem Staatsgeld betrachtet.

## 5 Zur Gestaltung staatlicher Komplementärwährungen

Die Akzeptanz einer Komplementärwährung hängt grundsätzlich von deren Transaktionskosten und Verwendbarkeit ab. Komplementäres Staatsgeld wird als Tauschmittel eher akzeptiert, wenn es gebührenfrei ausgegeben, zinsfrei und ausreichend verfügbar ist und wenn die Verwendung (Einlösung bzw. Umtausch in Landeswährung) attraktiv gestaltet ist. Daher sollte der Staat sekundäres Geld auch im Rahmen seiner finanzwirtschaftlichen Beziehungen einsetzen, d. h. im Rahmen der Besteuerung akzeptieren sowie bei der Zahlung von privaten Leistungen (als „Leistungsgeld“) bzw. bei der Gewährung von Transfers (als „Transfergeld“) verwenden. Auf diese Weise kann zudem die Komplementärwährung recht genau in Bereiche bzw. Regionen gelenkt werden, in denen bisher Tauschmittel fehlt. Die folgenden Ideen mögen das verdeutlichen, sie sind keine abschließende Aufzählung.

- „Pflegewährung“: Der Staat könnte Gutscheine an Pflegebedürftige ausgeben, welche die Gutscheine gemäß der geleisteten Stunden an Pfleger weitergeben, oder mit den Gutscheinen direkt die Pfleger entlohnen. Dabei könnten auch Kombilohnmodelle in Pflegewährung ausprobiert werden. Die Hinzuverdienste in Pflegewährung könnten der Alterssicherung dienen. Altenheime könnten die Pflegewährung akzeptieren und später beim Staat zu festgesetzten Kursen in Euro einlösen, wodurch sie wieder verschwände.

- „Bildungswährung“: Studierende könnten die von Universitäten erhobenen Studienbeiträge (teilweise) in Bildungswährung zahlen, welche sie zuvor über bestimmte Aktivitäten (z.B. soziales Jahr, Nachhilfe) erworben haben. Die Währung könnte auch an Grundschulen, Kindergärten, an Familien oder etwa als Preis bei „Jugend forscht“ ausgegeben werden. Universitäten könnten die eingennommene Staatswährung zu festgesetzten Kursen beim Staat in Euro einlösen.

- „Steuergutschriften“ könnten vom Staat bei der Förderung bestimmter Unternehmen oder öffentlich Bediensteter als Transfer (z.B. bei der Auslobung von Preisen oder im Rahmen leistungsorientierter Besoldung) oder als Bezah-



lung für spezielle Leistungen herausgegeben und bei der späteren Besteuerung eingelöst bzw. steuermindernd anerkannt werden.

- „Umweltwährung“: Der Staat könnte handelbare Verschmutzungsrechte verteilen, die so allgemein gestaltet sind (z.B. auch alle Kfz-Halter einbeziehen), dass sie von Haushalten als Tauschmittel akzeptiert werden und umlaufen. Eine Einlösung in Euro ist denkbar, aber nicht zwingend. Die Rechte könnten auch jährlich mit einem bestimmten Satz abgewertet werden.

- „Kommunalwährung“: Kommunen wie Berlin oder Hamburg könnten, ohne sich zusätzlich zu verschulden, über diverse Leistungs- oder Transferkanäle (z.B. Familienförderung) Währungen in Umlauf bringen, die sie selbst akzeptieren – bei Steuern, Abgaben und Gebühren, z.B. in kommunalen Einrichtungen (Theater, Kliniken, Bibliotheken, Sportanlagen, Parkhäuser, öffentliche Verkehrssysteme, Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Musikschulen usw.). Kommunen können auf diese Weise zahlreiche Verwendungsmöglichkeiten für Komplementärgeld schaffen.

Aus Sicht der beteiligten Akteure erscheint zusätzlich emittiertes Staatsgeld überwiegend vorteilhaft oder zumindest nicht nachteilig:

- Der Staat selbst kann bei Emission von Staatsgeld und Verwendung anstelle von Landeswährung Verschuldung in Kreditgeld und Zinsbelastung vermeiden bzw. zumindest verschieben. Mit Transfers in Staatsgeld lassen sich zudem – wie die Beispiele verdeutlichen – spezielle Lenkungseffekte erzielen.

- Für die Gesellschaft ist Staatsgeld vorteilhaft, wenn es – wie beschrieben – soziale Transaktionen bzw. Arbeiten ermöglicht, die zuvor liegen blieben, und wenn es gesamtwirtschaftlich stabilisierend wirkt.

- Transferempfänger profitieren direkt vom Staatsgeld. Sie werden dieses Geld akzeptieren, wenn die Alternative der Verzicht auf den Transfer wäre.

- Unternehmen brauchen für Investitionen weiterhin Kreditgeld, haben somit durch das Staatsgeld keinen direkten Vorteil. Bei steigendem Geldumlauf nehmen aber auch die Absatzchancen zu. Die Annahme von (gut akzeptiertem) Staatsgeld kann zudem besser sein als die Hinnahme einer Unterauslastung.

- Banken profitieren von sekundärem Staatsgeld, wenn im Zuge zusätzlich induzierter Transaktionen auch die Nachfrage nach Kreditgeld steigt.

- Für Vermögende ändert sich durch zusätzliches Staatsgeld als Tauschmittel wenig. Sie werden dieses Tauschmittel nicht zur Wertaufbewahrung nutzen, denn dafür eignet sich Kreditgeld ja besser.

- Haushalte wägen ab, ob sie Staatsgeld anstelle von Kreditgeld akzeptieren bzw. verwenden. Zur Wertaufbewahrung ist Kreditgeld besser geeignet. Die Akzeptanz des Staatsgeldes als Tauschmittel hängt von der konkreten Ausgestaltung ab<sup>[32]</sup>. Wenn allerdings Unternehmen und Banken das sekundäre Geld akzeptieren, so dürfte die Akzeptanz auch bei Haushalten steigen.

Für komplementäres Staatsgeld spricht ferner, dass es ohne Änderung der Kreditgeldordnung, d.h. mit geringem Risiko und (daher) geringem politischem Widerstand einföhrbar ist. Praktische Probleme scheinen lösbar<sup>[33]</sup>:

- Eine elektronische Buchung bzw. Verrechnung von Zahlungen in Komplementärwährung ist technisch problemlos. Bei handelbaren Steuergutschriften könnte z.B. jeder ein Konto beim Finanzamt bekommen (Kontonummer = Steuer Nummer), sodass ein Umlauf per Überweisung oder mit Karte und Abbuchung an Kartenterminals möglich wird<sup>[34]</sup>. Elektronisches Geld lässt sich auch so steuern bzw. programmieren, dass es nur von bestimmten Personen, für bestimmte Güter oder in bestimmten Regionen genutzt werden kann. Auch zeitliche Wertminderungen lassen sich einbauen.

- Komplementärwährungen scheinen bei entsprechender Ausgestaltung mit rechtlichen Bestimmungen vereinbar, z.B. mit dem Geldausgabemonopol der Zentralbank. Steuerlich lassen sich Umsätze in sekundärer Währung wie Umsätze in primärer Währung behandeln. Denkbar sind jedoch auch steuerliche Vorteile, z.B. bei Aktivitäten, die nur in Komplementärwährung erfolgen.

Durch die Einführung von komplementärem Staatsgeld lassen sich insgesamt offenbar Risiken einer „großen“ Geldreform im Sinne Gesells vermeiden und trotzdem größere Verbesserungen

der Geldversorgung erzielen als allein durch dezentrale Einführung von Regionalwährungen. Ein Berliner oder Hamburger „Kommuno“ wäre zwar nicht – wie der Chiemgauer „Regio“ – zur Stärkung peripherer Regionen geeignet, könnte aber insgesamt wohl eine größere Verbreitung erzielen. Insofern sind komplementäre Staatswährungen ein möglicher dritter Weg zu einer Geldreform.

Unklar bleibt allerdings, inwieweit das Staatsgeld über die primäre Verflechtung zwischen Geldnutzer und Staat hinaus im privaten Sektor als Tauschmittel genutzt, neben der primären sozusagen eine sekundäre Akzeptanz erreicht wird. Die primäre Akzeptanz ist zwar wohl umso größer, je einfacher und vielfältiger die ausgabe- und einlösungsrelevanten Beziehungen zum Staat sind. Größere Kommunen wie Berlin oder Hamburg haben hier sicher Vorteile. Andererseits besteht bei guten Einlösemöglichkeiten die Gefahr der schnellen Einlösung bzw. eines nur kurzen Umlaufs, d.h. einer geringeren sekundären Akzeptanz.

Eine Umlaufsicherung könnte die Aktivierung der Tauschfunktion verstärken. Sie ist ohne primäre Akzeptanzeinbuße möglich, wenn das komplementäre Staatsgeld im Transferwege herausgegeben wird und die Alternative der Verzicht auf den Transfer wäre. Andererseits aber könnte der Umlauf der Komplementärwährung durch eine Umlaufsicherung „in die schnellere Einlösung“ getrieben werden. Ähnliches gilt für mögliche Umtauschgebühren z.B. in Bezug auf den Tausch in Euro: diese können einerseits ein Schlupfloch schließen, insofern also den Umlauf des Staatsgeldes fördern, können es andererseits aber auch in andere Einlösungen treiben.

Zusammenfassend sollte komplementäres Staatsgeld somit im Vergleich zum primären Kreditgeld geringe tauschrelevante Gebühren aufweisen und zinsfrei sein, um es zur akzeptierten Tauschwährung zu machen. Die Möglichkeiten zur Einlösung beim Staat sollten differenziert gestaltet werden: einerseits vielfältig und attraktiv, andererseits aber nicht so attraktiv, dass eine schnelle Einlösung dominiert. Eine Idee wäre, neben vielen kleinen „ständigen“ Möglichkeiten zur Einlösung (im Bus, im Museum usw.) wenige große Möglichkeiten vorzusehen,

diese aber nur zu ausgewählten Terminen (z.B. Steuerzahlung).

## 6 Risiken staatlicher Komplementärwährungen

Die mit der Herausgabe von komplementärem Staatsgeld verbundenen Potentiale sind für wiederwahlorientierte Politiker interessant. Damit stellen sich allerdings auch Fragen eines möglichen Staats- bzw. Politikversagens. Dieses kann generell darin liegen, dass Staatsgeld in Struktur und Menge suboptimal herausgegeben wird. Eine „falsche“ Ausgabestruktur liegt z.B. bei Transfergeld vor, wenn primär Begüterte statt Bedürftiger mit Transfergeld versorgt werden. Probleme im Zusammenhang mit einer „falschen“ Geldmenge sind in unterschiedlicher Weise denkbar.

Eine geringe Ausgabe von Komplementärgeld führt generell dazu, dass auch die Wirkungen gering sind und eventuell hinter den Erwartungen zurück bleiben. Wird komplementäres Staatsgeld im Umfang seiner Ausgabe anstelle von Kreditgeld herausgegeben, so kann die gesamte Geldmenge „zu gering“ sein. Eine „monetäre Substitution“ wirkt kontraktiv, wenn das sekundäre staatliche Geld aufgrund geringer Akzeptanz langsamer umläuft als es das primäre Geld, welches ersetzt wird, getan hätte. Dann sinkt per Saldo das wirtschaftliche Aktivitätsniveau. Insofern besteht hier ein Rezessionsrisiko.

Daher sollte staatliches Komplementärgeld, statt primäres Kreditgeld zu ersetzen, zusätzlich (wenn auch in beschränkter und kontrollierter Menge) in Umlauf gebracht werden. Dann ist allerdings ein gegenteiliges Mengenproblem bzw. ein Inflationsrisiko denkbar. Die Stabilität der primären Währung scheint zwar gesichert, solange das neue Geld entsprechend zusätzliche Transaktionen induziert, die zuvor in Landeswährung nicht realisiert wurden. Gefahren für die Preisstabilität sind aber – besonders im Bereich der Komplementärwährung – denkbar, wenn das sekundäre Staatsgeld als Transfergeld herausgegeben wird.

Zur Verhinderung von Inflation kann die Komplementärwährung real gedeckt, d.h. an be-

stimmte Güter gekoppelt (z.B. Studienplätze an Universitäten) herausgegeben werden. Ein Anstieg der Umlaufgeschwindigkeit spiegelt dann – inflationsneutral – zusätzliche Transaktionen (z. B. Schülernachhilfe). Einer Kumulation von Einlösungswünschen kann durch zeitlich beschränkte bzw. gestaffelte Einlösbarkeit der Transferwährung entgegengewirkt werden.

Der Staat kann die Möglichkeit zur komplementären Geldausgabe allerdings missbräuchlich ausnutzen und im Vergleich zu der angesprochenen Deckung „zu viel“ Geld in Umlauf bringen. Dann droht Inflation. Die Akzeptanz des Staatsgeldes sinkt dann spätestens, wenn die Unterdeckung zu Tage tritt. Werden z.B. mehr Bildungsgutscheine zur Einlösung vorgelegt als Studienplätze verfügbar sind, so wird Rationierung oder nachträgliche Abwertung der Gutscheine erforderlich. Dann haben die Gutscheinhaber ein Inflationsrisiko bzw. beim Umtausch in Landeswährung ein Wechselkursrisiko. Gerade für verschuldete Staaten gibt es hier eine besondere Versuchung<sup>[35]</sup>.

Inflationsrisiken bestehen ferner, wenn staatliches Transfergeld ohne reale Deckung herausgegeben wird. Dann könnte überschüssig herausgegebenes Staatsgeld inflationär wirken. Eine Staatsgeldordnung müsste derartigen Missbrauch möglichst wirksam, z.B. rechtlich auf Verfassungsebene verankert, verhindern. Die staatliche Geldschöpfung ließe sich dabei durch Obergrenzen begrenzen, welche klar quantifiziert und von staatlicher Seite kurzfristig nicht beeinflussbar sind. Eventuell wäre der Staat durch eine geeignete europäische Institution zu kontrollieren. Hierzu sei eine mögliche Gestaltung beschrieben.

Eine Obergrenze für die Herausgabe von komplementärem Staatsgeld ist als kriteriengestützte Kopplung an die Kreditgeldmenge M€ denkbar. Mögliches Kriterium sind die Aufgaben, die der Staat – teilweise aufgrund von Steuerungsdefiziten der Kreditgeldwirtschaft – übernehmen muss. Eine diesbezügliche Maßzahl ist die Staatsquote  $\alpha$ . Die Aufteilung einer insgesamt zulässigen Staatsgeldmenge MS auf r Regionen mit der jeweiligen Obergrenze  $M_r$  ist mit Hilfe der regionalen Bevölkerungsanteile  $\beta_r$  möglich. Denkbar sind somit folgende Obergrenzen:

(1)  $MS = \alpha * M\text{€}$  (Obergrenze für die sekundäre Staatsgeldmenge)

(2)  $M_r = \beta_r * MS$  (regionale Obergrenzen)

Die Begrenzung ist an die Euro-Geldmenge gekoppelt. Diese Bezugsgröße ist vom Staat nicht manipulierbar. Die europäische Zentralbank (EZB) kann dann der Versuchung, zu viel Staatsgeld auszugeben, einen Riegel vorschieben, andererseits den Staatsgeld-Spielraum nicht unabhängig von der Euro-Geldpolitik verringern (die gesamte Geldmenge M ergibt sich als  $M = MS + M\text{€} = (1 + \alpha) * M\text{€}$ ). Durch diese Einbindung wird das Know-how der EZB zur Geldmengensteuerung genutzt. Zugleich könnten Vorbehalte der EZB gegenüber der Einführung von komplementärem Staatsgeld reduziert werden. Schwankungen der Euro-Geldmenge führen in diesem Modell nicht zwingend zu entsprechenden Schwankungen der Staatsgeldmenge. Vielmehr könnte in der Konjunkturkrise, wenn Kreditgeld fehlt, der durch die Begrenzung gegebene Spielraum voll genutzt, im Boom dagegen nicht voll ausgeschöpft werden.

Ferner ist die Begrenzung von der Staatsquote abhängig. Hierzu zwei Anmerkungen: Um Manipulationen zu vermeiden, sollte bei der Festlegung der Obergrenze die Staatsquote eines zurückliegenden Stichjahres gewählt werden. Im Übrigen könnte, wenn es primär um die Obergrenze für staatliches Transfergeld geht, statt der Staatsquote die kleinere „Transferquote“ (Anteil staatlicher Transfers am Bruttoinlandsprodukt) herangezogen werden.

Die regionale Begrenzung schließlich hängt von der Bevölkerung ab. Dies ist gut begründbar: Staatsgeld wird bereitgestellt, wo Menschen sind, die Tauschmittel brauchen. Die Bevölkerungszahl ist gut überprüfbar, vom Staat kaum manipulierbar und relativ stabil. Die Geldversorgung wird damit unabhängig von kurzfristigen Wirtschaftsschwankungen. Wirtschaftlich schwache Regionen werden verlässlich mit Tauschmittel versorgt (ein besonderes Anliegen der Befürworter von Regionalwährungen). Dies wirkt einer ökonomisch bedingten Bevölkerungsabwanderung entgegen.

Diese Regeln können für föderalistisch aufgebaute Staaten verfeinert werden. Ferner lassen

sie sich für eine gleitende Einführungsphase formulieren, z.B. mit einem Jahr für Jahr gleitend steigenden „Einführungsfaktor“.

Die Anwendung derartiger Regeln könnte Staatsversagen in Form übermäßiger Staatsgeldausgabe und daraus resultierender Staatsgeldinflation verhindern und die Zentralbank positiv einbinden, andererseits verbleiben Spielräume zur quantitativen und regionalen Anpassung der Staatsgeldmenge.

## 7 Fazit

Herkömmliches Kreditgeld ist durch suboptimale Tauschmittelqualität gekennzeichnet, die sich in geringer bzw. rückläufiger Umlaufgeschwindigkeit spiegelt, ferner durch verteilungspolitisch problematische Zinseffekte. Der Ersatz von Kreditgeld durch besseres Geld im Zuge „großer“ Geldreformen scheint riskant. Die Defizite des Kreditgeldes als Tauschmittel können aber durch die Einführung von geeigneten Komplementärwährungen gemindert werden. Im Idealfall werden dadurch zusätzliche Transaktionen möglich, z.B. bei sozialen Diensten oder im Bildungssystem. Bei unverändert umlaufender Landeswährung steigt dann die Tauschmittelqualität des Geldes, ferner unter Umständen die Beschäftigung. Die wachstums- und verteilungsbezogenen Probleme der Zinswirtschaft bleiben allerdings im Kern in dem Maß bestehen, in dem die zinsträchtige Primärwährung weiter umläuft.

Der Analyse zufolge lässt sich die Tauschmittelqualität des Geldes gut durch staatliche Herausgabe des komplementären Geldes steigern. Damit das komplementäre Staatsgeld akzeptiert wird, sollte es breit verwendbar und mit geringen Transaktionskosten belastet sein. Der Staat sollte für das komplementäre Geld aktiv möglichst gute Verwendungsmöglichkeiten schaffen. Dazu ist er vermutlich besser in der Lage als ein privater Emittent regionaler Komplementärwährungen. Insofern ist hier ein möglicher dritter Weg zur Geldreform zu sehen. Andererseits sind – auch oder gerade bei staatlicher Mitwirkung – mögliche Inflationsrisiken zu beachten.

Das Thema Komplementärwährungen spielt in der volkswirtschaftlichen Diskussion bislang eine

geringe Rolle. Vor dem Hintergrund der Defizite des bestehenden Geldsystems besteht aber Anlass, die ökonomische Auseinandersetzung mit diesem Thema zu vertiefen, auch wenn bzw. gerade weil viele Fragen noch offen sind (z.B. Rolle der Zentralbank in dualen Währungssystemen, Kosten der Ausgabe und Einlösung von Komplementärwährungen, technische Voraussetzungen).

## Literatur

- Binswanger, H. Chr., Die Wachstumsspirale, Marburg 2006.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.), Lebenslagen in Deutschland. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2004, Bundestags-Drucksache 15/5015.
- Bordo, M. D., Jonung, L., Demand for money. An analysis of the long-run behaviour of the velocity of circulation, New Brunswick 2004.
- Breedon, F. Fisher, P., The determination of M0 and M4, in: Bank of England Quarterly Bulletin, Feb. 1994, S. 36-50.
- Dorfner, E., Ausweg aus der Finanzierungsfalle, in: Südwind.Magazin 10/03, S. 36.
- Gesell, S., Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjeburg 1991 (Originalausgabe 1916).
- Godschalk, H., Aufschwung durch lokales Nebengeld?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 129, 2001, S. 11-16
- Godschalk, H., Währungs- und bankrechtliche Aspekte, in: M. Kennedy, B.A. Lietaer, Regionalwährungen, München 2004, S. 218-236.
- Görgens, E., Ruckriegel, K. Seitz, F., Europäische Geldpolitik, 4. Aufl., Stuttgart 2004.
- Gude, J., Bottom-up und Top-down-Ansätze von Geldreformen und Komplementärwährungen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 130, September 2001, S. 36-42.
- Issing, O., Der Zins und sein moralischer Schatten, in: FAZ vom 20.11.1993.
- Kennedy, M., Komplementärwährungen zur wirtschaftlichen Lösung sozialer Probleme, in: Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 144, März 2005, S. 20-28.
- Kennedy, M., Lietaer, B.A., Regionalwährungen, München 2004.
- Lietaer, B.A., A Proposal for a Brazilian Education Complementary Currency, in: International Journal of Community Currency Research, Vo. 10, 2006, S. 18-23.
- Mensching, C., Umlaufsicherung und Geldsystem – Zur Notwendigkeit einer doppelten Geldreform, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 147, 2005, S. 33-39.
- Rösl, G., Regionalwährungen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst, 85. Jg., 2005, S. 182-190.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2005, Wiesbaden 2005.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Jahresgutachten 2006/2007, Wiesbaden 2006.
- Stodder, J., Corporate Barter and Economic Stabilization, in: International Journal of Community Currency Research, Vol. 2, No. 2, 1998. (vgl. auch [www.le.ac.uk/ulmc/ijccr/vol1-3/2no1.htm](http://www.le.ac.uk/ulmc/ijccr/vol1-3/2no1.htm)).
- Werner, G. W., Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen, Stuttgart 2006.
- Wirth, R., Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Bern 2003.
- [www.chiemgauer.info](http://www.chiemgauer.info)
- [www.taxos.info](http://www.taxos.info)

## Anmerkungen

- [1] Vgl. Gude, 2001, S. 41, für ein entsprechendes Plädoyer.
- [2] Werden etwa Bonusmeilen einer Fluggesellschaft im Einzelhandel neben Euro akzeptiert und lassen sich damit auch Telefongespräche, Taxen und Hotels bezahlen, dann hat die Fluglinie eine an Flugmeilen gebundene private Währung geschaffen, die man erlangen kann, ohne geflogen zu sein (vgl. Rösl, 2005, S. 182ff.). Unter Umständen ist für Unternehmen das Akzeptieren einer Zahlung in Bonusmeilen besser als die Hinnahme einer Unterauslastung (vgl. Kennedy, Lietaer, 2004, S. 70).
- [3] Dem Greshamschen Gesetz zufolge läuft das weniger gut zur Wertaufbewahrung geeignete Geld bevorzugt als Tauschmittel um und verdrängt das bessere Wertaufbewahrungsmittel aus dem Umlauf.
- [4] Vgl. z.B. Wirth, 2003, S. 31 ff., sowie Kennedy, Lietaer, 2004, S. 101 und 210ff.
- [5] Vgl. dazu Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2004, Abschnitt I.3.4, S. 62.
- [6] In Deutschland sinken seit 1970 im Trend die Wachstumsraten. Seit 1993 sinkt tendenziell auch die Lohnquote (vgl. Statistisches Jahrbuch 2005, S. 624f.). Einkommens- und Vermögensverteilung sind zunehmend ungleich (vgl. SVR 2006, Kapitel „Analyse“, S. 429-447, Ziffern 580-601, vgl. auch Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Tabelle I.9, S. 56). Natürlich sind diese Entwicklungen multifaktoriell, d.h. auch durch Globalisierungskräfte verursacht.
- [7] Ein Anstieg der Zinseinkommensquote bleibt bei hinreichendem (exponentiellem) Realwachstum aus. Entsteht zinsträchtiges Vermögen aus Ersparnis und diese nur aus Zinseinkommen, dann entspricht das hinreichende Realwachstum  $w$  dem mit der Sparquote  $s$  gewichteten Zins  $i$ , d.h.  $w = s \cdot i$ . Entsteht die Ersparnis nur großen Vermögen, so ist die Sparquote im Extremfall  $= 1$ . Dann gilt  $w = i$ .
- [8] Vgl. dazu ausführlich Binswanger, 2006. Binswanger erklärt Zins und Wachstumszwang über die zwischen Investition und Umsatzerlösen liegende Zeitspanne. Die für Geldgeber somit bestehende Unsicherheit ist wesentliches Zinsmotiv und erklärt zugleich den Wachstumszwang. Offen bleibt dabei, ob auch eine zeitlose Dienstleistungsproduktion mit Zins und Wachstumszwang verbunden ist.
- [9] Werner verwendet auch die Begriffe „menschenzugewandte Arbeit“ bzw. „Kulturarbeit“. Vgl. Werner (2006), S. 49.
- [10] Problematisch ist jedoch die Idee, die Finanzierung sozialer Arbeit sei in der sozialen Marktwirtschaft eine Staatsaufgabe, durch staatliche Umverteilungspolitik sei ein Teil der an Vermögende geflossenen Gelder einzusammeln und in soziale Bereiche zu lenken. Der moderne Sozialstaat ist nämlich an der Grenze seiner finanziellen Möglichkeiten. In Deutschland steckt der Staat schon in der Schuldenfalle, d.h. die Neuverschuldung erfolgt großteils zur Bedienung von (bei Vermögenden) aufgenommenen Schulden. Der Staat kann daraufhin Kreditgeld in bestenfalls stagnierendem Maß in soziale Bereiche lenken. Staatliche Verschuldung für soziale Zwecke hat zudem den Nachteil, dass den Schulden nicht – wie bei investiver Verwendung – Vermögensgegenwerte gegenüberstehen. Sozialstaatliche Umverteilung und Aufgabenerfüllung erfolgt zudem häufig in Einzelprogrammen zersplittert und im politischen Prozess an potenzieller Wählerwirksamkeit orientiert, d.h. oft nicht effizient.
- [11] Vgl. für den Euro z.B. Görgens, Ruckriegel, Seitz (2004), S.185, für das britische Pfund Breedon, Fisher (1994), S. 49. Breedon, Fisher begründen die rückläufige Umlaufgeschwindigkeit des Pfundes unter anderem mit zunehmendem privatem Reichtum (was den Bedarf an Wertaufbewahrung erhöht). Vgl. dazu generell auch Bordo, Jonung (2004).
- [12] Vgl. Gesell, 1991, S.238.
- [13] Vgl. Mensching, 2005, S. 33ff.
- [14] Vgl. Mensching, 2005, S. 33ff.
- [15] Vgl. Wirth, 2003, S. 80 und S. 166ff.
- [16] Vgl. Wirth, 2003, S. 11ff. und S. 164ff.
- [17] Vgl. Issing, 1993.
- [18] Vgl. z.B. Kennedy, Lietaer, a.a.O.
- [19] In der reinen Kreditgeldwirtschaft ist (Keynes zufolge) die expansive Wirkung zusätzlicher Geldausgabe nur bei höherer Spekulationskasse, d.h. sinkender Umlaufgeschwindigkeit erzielbar.
- [20] Vgl. Wirth, 2003, S. 96ff.
- [21] Vgl. Wirth, 2003, S. 98.
- [22] Vgl. Godschalk, 2001, S. 16.
- [23] Vgl. Stodder, 1998.
- [24] Vgl. Rösl, 2005, S. 183.
- [25] Die Umlaufgeschwindigkeit des Chiemgauer ist – den Angaben der Initiatoren zufolge – deutlich höher als die des Euro. Vgl. [www.chiemgauer.info](http://www.chiemgauer.info).
- [26] Vgl. Kennedy, Lietaer, 2004, S. 34ff.
- [27] In Deutschland jedenfalls haben Regionalwährungen – ungeachtet möglicher positiver Wirkungen – bisher noch keine gesamtwirtschaftlich relevante Verbreitung gefunden. Vgl. Rösl, 2005, S. 190.
- [28] Vgl. Lietaer, 2006, S. 18ff., Kennedy, 2005, S. 20 ff.
- [29] Vgl. Dorfner, 2003, S. 36 und [www.taxos.info](http://www.taxos.info).
- [30] Vgl. Kennedy, Lietaer, 2004, S. 46ff.
- [31] Vgl. Kennedy, Lietaer, 2004, S. 169ff.
- [32] Gemäß einer vom Autor im September 2006 bei 125 Studierenden an der FH Gelsenkirchen durchgeführten Umfrage fänden 80% der Befragten eine Komplementärwährung gut, mit der sie zu günstigen Bedingungen die ab 2007 fälligen Studienbeiträge bezahlen könnten. Sie würden sich allerdings einen zum Verkauf stehenden Gebrauchtwagen mehrheitlich lieber in Euro bezahlen lassen.
- [33] Vgl. Godschalk, 2004, S. 218ff.
- [34] Vgl. dazu die Erläuterungen auf der Seite [www.taxos.de](http://www.taxos.de)
- [35] Lietaer ist hier wohl zu optimistisch, wenn er Inflationsrisiken der beschriebenen Bildungswährung mit dem Hinweis relativiert, diese sei ja durch die Kapazitäten der Universitäten gedeckt. (Vgl. Lietaer, 2006, S. 18 ff.). Es gibt auf jeden Fall Anreize für den Staat, diese Kapazitäten zu überschätzen.